

Doris Peschke

Abkehr von der Abschreckungspolitik

Eine Frau aus Syrien mit zwei Kindern überlebte ein Bootsunglück knapp und wurde von der griechischen Küstenwache nach Samos gebracht. Die Rechtsberaterinnen des Ökumenischen Flüchtlingsprogrammes erfahren von der verstörten Frau, dass sie Verwandte in Bayern in Deutschland hat. Eigentlich wollte die Frau mit den Kindern schnell weiter – über die Balkanroute –, lässt sich aber auf ein Familienzusammenführungsverfahren gemäß Dublin-Verordnung ein. Nach drei Wochen konnte sie mit den Kindern nach Deutschland reisen, musste jedoch zunächst in ein Erstaufnahmezentrum in Chemnitz. „So ist das Verfahren“, wurde den Rechtsberatern mitgeteilt. Immer wieder rief die Frau bei den Rechtsberaterinnen in Griechenland an, wann sie denn endlich zu ihrer Familie könne. Diese Begebenheit – eine unter vielen Einzelschicksalen – zeigt die Schwierigkeiten für Flüchtlinge, ihre Wege selbst dann zu finden, wenn sie „im Recht“ sind, einen Anspruch auf Familienleben geltend machen können.

Flüchtlingen zu ihren Rechten zu verhelfen – auf ein ordentliches und faires Asylverfahren, auf Familienleben, auf Unterbringung, Nahrung, medizinische Versorgung und Achtung ihrer Menschenwürde – ist angesichts der derzeitigen politischen Kontroverse über Flüchtlingspolitik eine große und notwendige Herausforderung. Während im Sommer 2015 eine Welle des „Willkommens für Flüchtlinge“ überall in Europa sichtbar war, wurden seit September Schritt für Schritt Rechte und Möglichkeiten für Flüchtlinge in fast allen europäischen Ländern beschnitten. Unter dem Eindruck der Bilder, die Flüchtlingsmassen auf dem Weg durch Europa suggerierten, wurden nach und nach Grenzen geschlossen und Wege versperrt. Die Schwierigkeiten in der Flüchtlingsaufnahme wurden ebenso betont wie kulturelle Unterschiede. Flüchtlinge und Migranten wurden vermischt, und der Blick wurde auf diejenigen gelenkt, die kein Anrecht auf Asyl haben. Obwohl – oder weil – Deutschland als großzügiges Aufnahmeland galt, forderten immer mehr

Politiker, auch der deutsche Innenminister, die Standards für Flüchtlingsaufnahme abzusenken, weil sie im Vergleich zu anderen EU-Staaten zu hoch und Deutschland dadurch ein Anziehungspunkt für Flüchtlinge sei. Belegt ist die Behauptung nicht, dass gute Aufnahmestandards Flüchtlinge anziehen. Es ist richtig, dass Deutschland in absoluten Zahlen seit Jahren die höchsten Asyl- und Flüchtlingszahlen in Europa hat – es ist ja auch ein großes, bevölkerungsreiches und wirtschaftlich starkes Land. Im Vergleich lag Deutschland jedoch seit Jahren eher im Mittelfeld der Flüchtlingsaufnahme. Auch in 2015 stimmt es zwar, dass mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland eingereist sind, nicht alle haben aber in Deutschland Schutz beantragt, viele (ein Viertel bis ein Drittel) sind in andere Länder weitergereist. Und doch wurde mit der „Million“ und der Furcht vor weiteren Millionen, „wenn die alle ihre Familien nachholen“, Politik gemacht: Das Asylrecht in Deutschland wurde sowohl im November 2015 als auch im Januar 2016 verschärft. In Ungarn, Österreich und anderen Staaten wurde das Asylrecht weiter beschnitten. Statt auf der Einhaltung und Umsetzung beschlossener europäischer Richtlinien zu bestehen, haben auch die Europäische Kommission und der EU-Ministerrat sich stärker auf die Externalisierung des Flüchtlingsschutzes in andere Staaten ausgerichtet.

So richtig es ist, dass alle EU-Staaten ihren Beitrag zum Flüchtlingsschutz leisten sollen, so falsch ist die Behauptung, Deutschland mache zu viel für den Flüchtlingsschutz. Vergleichbare Diskussionen gibt es nun auch in Schweden, das tatsächlich die im Vergleich höchste Zahl an Schutzsuchenden in Europa aufgenommen hat, in Österreich und vielen anderen Ländern.

Verschärfung und Abschreckung

Im Sommer 2015 wurde die ungarische Regierung, zu Recht, für ihr hartes Vorgehen gegen Flüchtlinge kritisiert. Nun folgen zahlreiche Länder dem unga-

Es muss deutlich werden, dass nicht Europa die größte Flüchtlingskrise hat, sondern die Welt!



Menschen unterwegs

rischen Beispiel: Sie errichten Zäune und Grenzkontrollen, schaffen große Aufnahmelager und inhaftieren Asylsuchende. Auch die Rückweisungen in andere EU-Staaten nach der Dublin-Verordnung werden verstärkt wieder aufgenommen.

Vorrangiges Ziel ist nicht, den Flüchtlingsschutz zu verbessern, auch wenn seit Sommer 2015 die Kapazitäten für Asylverfahren und Aufnahme von Flüchtlingen ausgebaut und aufgestockt wurden. Ziel ist es, die Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge zu verringern. Dazu wird auf Abschreckung gesetzt: Drittstaaten werden zu „sicheren Staaten für Flüchtlinge“ erklärt und Asylsuchende sollen in diese Staaten zurückgeschoben werden. Solche Beschlüsse werden national und europäisch gefasst. Neben der Türkei sollen Marokko, Tunesien und Algerien, aber möglichst auch Libyen zu sicheren Drittstaaten erklärt werden.

Mit der Türkei wurde im März eine Vereinbarung getroffen, dass alle Asylsuchenden, die in Griechenland ankommen, in die Türkei zurückgeschickt werden. Die Türkei wird im Gegenzug finanziell unterstützt, um die Flüchtlinge zu versorgen. Auch sollen syrische Flüchtlinge aus der Türkei in europäische Staaten umgesiedelt werden, für jeden in die Türkei zurückgeschickten syri-

schen Flüchtling soll ein anderer aufgenommen werden. Es soll sich für Flüchtlinge nicht lohnen, mit Schleppern nach Europa zu kommen. Es gibt viele Fragen und juristische Bedenken gegen dieses Abkommen. Erste Gerichtsurteile in Griechenland befinden bereits, dass das Recht auf Anhörung und auf ein Asylverfahren gewährt sein muss, da dies aber nicht der Fall ist, wurde bereits in mehr als 100 Fällen dem Widerspruch gegen die Abschiebung stattgegeben und Flüchtlinge mussten aus den „Hotspots“ auf den griechischen Inseln entlassen werden.

Auch mit militärischen Mitteln sollen die Schlepper im Mittelmeer bekämpft werden. Die NATO-Militärmission Sophia wurde mit diesem Ziel 2015 im Mittelmeer vor Libyen begonnen und ist inzwischen auf die Ägäis ausgeweitet worden. Die EU-Institutionen und Einrichtungen wie die europäische Grenzschutzagentur Frontex hatten bereits Anfang 2015 diesen Schwerpunkt. Italien war 2014 für die große Such- und Rettungsaktion Mare Nostrum kritisiert worden, diese schaffe mehr Anreize für Menschenschmuggel. Der dramatische Anstieg der Toten im Mittelmeer, nachdem die Operation eingestellt wurde, machte deutlich, dass die Realität anders ist.

Realismus in der Flüchtlingspolitik

Die Abschreckungsmaßnahmen wollen bezwecken, dass weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Es müsste im politischen Diskurs darum gehen, wie Europa seinen angemessenen Beitrag zur Lösung der größten globalen Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg leistet. Entsprechend muss deutlich werden, dass nicht Europa die größte Flüchtlingskrise hat, sondern die Welt! Von den 20 Millionen Flüchtlingen lebt die große Mehrheit in Ländern Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens.

Die Länder, die die meisten Flüchtlinge beherbergen, und die zuständigen UN-Organisationen müssen besser unterstützt werden. Es ist eine Schande für die internationale Gemeinschaft, dass in den vergangenen drei Jahren Nahrungsmittelrationen für Flüchtlinge und Bildungsprogramme immer wieder gekürzt oder gestrichen werden mussten. Eine ausreichende Versorgung und Bildung – mehr als 50 Prozent der internationalen Flüchtlinge sind minderjährig – ist dringend notwendig.

Gleichzeitig müssen die Hauptaufnahmeländer entlastet werden. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge plädiert seit 2014 dafür, 10 Prozent der syrischen Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten umzusiedeln. Auch humanitäre Aufnahmeprogramme haben sich als erfolgreich erwiesen. Damit können legale und sichere Zugänge zum Schutz geschaffen werden. Die Protestantischen Kirchen in Italien haben ein Aufnahmeprogramm mit der italienischen Regierung ausgehandelt, in dem sie einen großen Teil der Lasten tragen. Wenn größere Kontingente zur Verfügung gestellt würden, könnten diese Programme tatsächlich eine Alternative zu Menschen-smuggel bieten. Dafür braucht es aber politischen Mut und ein Bekenntnis zu internationaler Verantwortung.

Auch die Fluchtursachen müssen angegangen werden. Es gibt derzeit einen Funken Hoffnung, dass die internationalen Verhandlungen für Syrien zu einer Beilegung des Konfliktes führen können. Aber auch für Irak und Afghanistan braucht es ein ernsthaftes Engagement, das den Menschen Sicherheit und Perspektiven verschafft.

Grund- und Menschenrechte wurden vereinbart, um Willkür und Missachtung der Würde der Menschen zu beschränken. Aus gutem Grund stehen sie daher über nationalen Rechtssystemen. Die Rechte auf Asyl, Familienleben, Gleichbehandlung und Kinderrechte auszuhöhlen oder den Zugang durch lange Wartezeiten oder zusätzliche und mitunter nicht erfüllbare Anforderungen zu erschweren, stellt europäische Grundwerte infrage.

Die Kirchen in Europa haben in den vergangenen drei Jahren immer wieder die Bekämpfung der Fluchtursachen und die notwendigen Beiträge Europas für internationalen Flüchtlingsschutz gefordert. Kirchen und kirchliche Werke stellen Mittel bereit und nehmen Flüchtlinge in Gemeinden und kirchlichen Räumen auf. Damit leisten sie selbst einen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen, und sie haben Erfahrungen mit Flüchtlingen. Sie fordern sichere und legale Wege nach und durch Europa. Dies ist keine idealistische, sondern eine sehr realistische Forderung: Flüchtlinge könnten Vertrauen in Behörden und aufnehmende Gesellschaft entwickeln, sie müssten sich nicht mehr mit der Suche nach Umwegen in die Hände von kriminellen Banden begeben, wären nicht mehr ausgeliefert. Viel schneller könnten sie Beziehungen knüpfen und Europa und die Menschen hier kennen- und schätzenlernen. Die Menschen in Europa müssten nicht wie zurzeit in Griechenland Nothilfe leisten, sondern könnten sich darauf konzentrieren, mit den Flüchtlingen zu leben und deren Gaben und Potenziale wertzuschätzen. Viele Menschen in Europa haben im letzten Jahr bereits gute Erfahrungen mit Flüchtlingen gemacht. Damit soll nicht gesagt werden, dies sei nur leicht.

Wenn es gelänge, Flüchtlinge bei ihrer ersten Ankunft wo auch immer in Europa nicht nur zu ihrem Namen, Herkunft, Asylgrund und Glaubwürdigkeit zu befragen, sondern auch dazu, wo sie hin möchten und warum, könnten Flüchtlingen und Behörden viele Umwege und Doppelarbeit erspart werden. Wenn im Gespräch geklärt werden kann, welcher Ort vielleicht für Flüchtlinge sinnvoll ist, weil es dort gute medizinische Versorgung, ausreichend Wohnraum oder Stipendienmöglichkeiten für Aus- und Fortbildung gibt, statt nur technisch zuzuweisen, wird die Wahrscheinlichkeit für eine gelungene Integration deutlich erhöht. Denn Integration beginnt bei der Ankunft. Die syrische Frau und ihre Kinder sollten nicht so lange warten müssen, bis sie zu ihrer Familie umziehen kann. Flüchtlinge, wie andere Menschen, sollten so schnell wie möglich wieder selbst über ihr Leben bestimmen können. Dafür Möglichkeiten zu schaffen bedeutet eine Abkehr von Abschreckungspolitik zurück zum Schutz von Flüchtlingen und zur Willkommenskultur. Die Menschenrechte und unsere Menschlichkeit stehen auf dem Spiel.

Doris Peschke

Ist Generalsekretärin der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), eine ökumenische Agentur der Kirchen in Europa für Migration und Integration, Asyl und Flüchtlinge, gegen Rassismus und Diskriminierung.